

26./III. 1916.

Die Spaltung der Sozialdemokratie.

Zu den Vorgängen im Reichstage schreibt die „Leipziger Volkszeitung“: Eine Klärung hat sich vollzogen, reinliche Scheidung ist eingetreten. Die Entwicklung, die schon am 4. August mit der Abstimmung der 14 Genossen in der Fraktion gegen die ersten Kriegskredite begann, die am 21. Dezember 1915 den kritischen Punkt erreichte, ist damit zu einem natürlichen Abschluß gekommen. Es mußte so kommen, da die Mehrheit den Weg aus der Sackgasse der Durchhaltepolitik nicht durchzufinden vermochte und nicht wollte. Da sie sich immer tiefer in die Neze der Regierungspolitik verstrickte, hat sie sich immer mehr zu einer Schutztruppe für Bethmann Hollweg entwickelt. So mußte der Bruch mit der Minderheit eintreten, die die Politik weiter verfolgen mußte, der sie am 21. Dezember öffentlich Ausdruck gegeben hat. Es mußte zu einem Zusammenstoß kommen. Wir erhoben auch keine bewegte oder schwermütige Klage über das Verhalten der Mehrheit, soweit es im Rahmen sachlicher Verhandlungen blieb. Wir können nicht verkennen, daß die Linien der Politik der Mehrheit und Minderheit sich je länger je weiter voneinander entfernten. Die Gründe zu ihrem Schritt konnten allerdings besser und würdiger sein.

Der Führer der badischen Sozialdemokraten, Kolb, schreibt im „Karlsruher Volksfreund“: Nun haben die neuen Zerstörer das so lange ersehnte Ziel erreicht. Ihr Häuptling hat in der gestrigen Reichstagsführung eine Standalzsene provoziert, wie sie sich bisher noch in keinem deutschen Parlament ereignet hat. Wohl überlegt war der gegen die eigene Partei und gegen das ganze deutsche Volk geführte Streich, wie Haase selbst gestand. Wenn dieser Straßenschwadroner glaubt, damit sich und seinem Häuflein Getreuer einen Dienst geleistet zu haben, so befindet er sich in einem großen Irrtum. So kann in einem solchen Augenblick nur jemand sprechen, der keine Spur von Empfindung für vaterländische Pflichten hat. An die Wiedervereinigung mit den 18 Separatisten ist wohl nicht zu denken, denn der Gegensatz der Anschauungen ist zu groß, als daß sich ein weiteres verträgliches Zusammenarbeiten mit ihnen ermöglichen ließe. Die gestrigen Vorfälle im Reichstag werden draußen an der Front den entsprechenden Widerhall finden. Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß unsere im Felde stehenden Genossen mit überwältigender Mehrheit sich auf die Seite der Mehrheit stellen werden. So bedauerlich der gestrige Vorfall und die damit im Zusammenhang stehende Spaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion auch ist, ein Gutes wird er haben. Die sozialdemokratische Fraktion braucht der Einheit zuliebe diesen Elementen gegenüber keine Konfession an die revolutionäre Romantik zu machen. Nun wird die Partei innerlich gesunden. Dieser Gewinn aus den gestrigen Vorgängen ist ungleich größer als der Verlust.

Die sozialdemokratische „Fränkische Tagespost“ in Nürnberg erklärt: Von einer Spaltung der Partei dürfte erst gesprochen werden, wenn der Parteitag entschieden hat und nicht alle Angehörigen der Partei sich seinem Spruche fügen wollen. Daher sei das Unglück nicht übermäßig groß und die Hoffnung auf Erhaltung einer geschlossenen Partei nicht aufzugeben. Ein großes Geschlecht habe die Partei heute nicht gehabt. Man vermisse Begabung, Eifer für Ueberwindung persönlicher Eigenbrödelei, politischer Liebhaberei und Rechthaberei. Mangel an Kameradschaft kennzeichne heute die Partei.

Die Wahlkreise der neuen Fraktion.

Nach der Spaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion interessiert die Frage, in welchen Wahlkreisen die Mitglieder der neuen „Fraktion der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ gewählt sind. Die 18 Mitglieder dieser Fraktion sind Schriftsteller Eduard Bernstein (Breslau-West), Redakteur Bod (Gotha), Kassenbeamter Büchner (Berlin IV), Rechtsanwalt Cohn (Nordhausen), Redakteur Dittmann (Lennep-Mettmann), Redakteur Geyer (Leipzig-Land), Rechtsanwalt Haase (Königsberg), Rechtsanwalt Dr. Herzfeld (Rostock), Redakteur Henke (Bremen), Redakteur Horn (Dresden-Alttadt), Schriftsteller Kunert (Halle), Schriftsteller Ledebour (Berlin VI), Geschäftsführer Schwarz (Lübeck), Schriftsteller Stadthagen (Niederbarnim), Gastwirt Stolle (Zwickau), Schriftsteller Bogtherr (Stettin), Schriftsteller Wurm (Reuß j. L.), Expedient am „Vorwärts“ Zubeil (Zeltow-Weeslow-Charlottenburg). Aus ganz Süddeutschland ist mithin nicht ein einziger sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter zu der neuen „sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ übergetreten.

Bisher ist es nicht bekannt geworden, ob die beiden schon früher aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ausgetretenen Abgg. Rechtsanwalt Dr. Liebknecht, gewählt für Potsdam-Osthavelland, und Schriftsteller Kühle (gewählt für Pirna-Sebnitz) sich der neuen Fraktion anschließen.

Die Spaltung in der Reichstagsfraktion kann nicht ohne Folgen in der sozialdemokratischen Landtagsfraktion bleiben: hier steht die radikale Mehrheit — Schriftsteller Hirsch (Berlin VII), Gutsverwalter Hoyer (Niederbarnim), Buchhändler Adolf Hoffmann (Berlin VI), Gastwirt Paul Hoffmann (Berlin V), Rechtsanw. Dr. Liebknecht (Berlin XI) und „Vorwärts“-Redakteur Ströbel (Berlin IX) — auf dem Standpunkt der bisherigen Minderheit im Reichstag, während die vier anderen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten: Parteisekretär Braun (Niederbarnim), Schriftsteller Haensch (Niederbarnim), Gewerkschaftsbeamter Hue (Schöneberg-Neutölln) und Parteisekretär Reinert (Bitten) die Ansichten der Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion teilen.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung sitzen die radikalen Reichstagsabg. Bernstein, Dr. Cohn, Stadthagen, Wurm, Zubeil und Landtagsabg. Wolph Hoffmann, bisher zusammen mit den beiden Reichstagsabg. Ewald und Pfannkuch in derselben Fraktion.

Zwei sozialdemokratische Fraktionen nebeneinander gibt es schon seit einiger Zeit in der württembergischen Kammer. Dort haben sich am 22. Juli die radikalen sozialdemokratischen Abg. Westmeyer, Engelhardt und Höschla zu einer sozialistischen Vereinigung im Gegensatz zu der sozialdemokratischen Fraktion des württembergischen Landtages zusammengeschlossen, die nummehr noch 14 Mitglieder zählt.

Nach dem Bericht des sozialdemokratischen Parteivorstandes, der im Sommer 1914, unmittelbar vor dem Kriegsausbruch, für den infolge des Weltkrieges abgesetzten Parteitag in Würzburg veröffentlicht worden ist, hat die sozialdemokratische Partei in den Landtagen der Bundesstaaten Mandate in folgender Zahl inne: Bayern 30, Sachsen 25, Hamburg 20, Württemberg 14 + 3, Bremen 18, Baden und Lübeck je 11, Preußen 10, Sachsen-Meiningen und Schwarzburg-Rudolstadt je 9, Gotha und Hessen je 8, Altenburg 7, Sachsen-Weimar 4, Reuß ä. L. 3, Reuß j. L. 2, Anhalt, Schaumburg, Lippe und Schwarzburg-Sondershausen je ein Mandat.